



DGB

Kreisvorstand Rhein Neckar Heidelberg

07. April 2014

DGB Presseerklärung zur Kundgebung der NPD in Sinsheim am 05.04.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Samstagmittag, den 5. April 2014 haben in Sinsheim ca. 60 Neonazis, ungehindert und geschützt von einem großen Polizeiaufgebot mit Absperrgittern mitten in der Fußgängerzone in Sinsheim demonstriert. Die Stadtverwaltung, der Stadtrat und der Oberbürgermeister riefen dazu auf, die Veranstaltung zu ignorieren. Was die Neonazis prompt dazu nutzten der Stadt Sinsheim für die herzliche Aufnahme zu danken.

Von den Parteien haben sich nur die Grünen und die Linkspartei gegen diese Art von Ignoranz ausgesprochen und hatten zusammen mit der Antifa, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und vielen Jugendlichen eine Gegenkundgebung durchgeführt. Hätten diese Menschen, hier vor allen die Jugendlichen nicht lautstark ihren Protest bekundet, hätte es für Sinsheim recht traurig ausgesehen. Es war ausgesprochen peinlich, wie dieses Gruselkabinett der NPD mit Unterstützung der Polizei und der Stadt Sinsheim ihre Parolen verbreiten und ihre Demonstration offen und ungehindert durchführen konnte. Auch wenn am 22. März bereits eine Kundgebung der NPD geplant war, hätte hier die Stadt reagieren müssen. Sinsheim darf kein Zentrum für Neonazis werden. Solch eine Peinlichkeit, angesichts einer NSU Mörderbande und den Skandalen in der Aufklärung derselben, ist nicht erklärbar. Der DGB fordert die Stadt Sinsheim auf, sich von der NPD klar zu distanzieren und von der Politik der Ignoranz abzurücken.

Es ist inzwischen Tradition , dass andere Städte und ihre Oberbürgermeister in erster Reihe, z.B. in Heidelberg die Demonstrationen gegen die Neonazis unterstützen.

Wir haben als Gewerkschafter – als Deutscher Gewerkschaftsbund – die Aufgabe zu verhindern, daß neofaschistische Gruppierungen, insbesondere die NPD, offen agieren können.

Es sind einfache Strickmuster, die die NPD und andere Gruppierungen verwenden, um Menschen zu ködern und sie für ihre Ziele einzuspannen. In Sinsheim besonders subtil „Todesstrafe für Kinderschänder“ zu fordern – wer will schon Kindermörder schützen?

Meistens dienen der NPD Minderheiten oder ausländische Kolleginnen und Kollegen als Sündenböcke - „Lieber Geld für die Oma, als für Sinti und Roma“ – solche Parolen benutzt die NPD, um von den Fehlern des Wirtschaftssystems Kapitalismus abzulenken.

Pseudo-Erklärungen gepaart mit einem aggressiven Nationalismus waren für faschistische Gruppierungen schon immer die Erklärung , warum Menschen arm und arbeitslos sind.

Die wirklichen Ursachen – eine Umverteilung von unten nach oben – Bankenkrise – Sozialraub – Verschlechterung von Rentensystemen und Verschlechterungen im Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit und Leiharbeit werden verschwiegen und Minderheiten, „Europa“ oder gar dem jüdischen Kapital angelastet.

Verunsicherung,

Verarmung und

Verdummung durch eine Anzahl von Medien, gepaart mit einer breiten Entsolidarisierung in der Gesellschaft – all das sind Ursachen warum offen faschistische Parteien wie die NPD aber auch so genannte populistische Parteien wie die AfD Erfolge verbuchen können.

Wir sind der Meinung, daß wir der NPD und allen anderen neofaschistischen Gruppen immer wieder zeigen müssen, daß sie hier in Sinsheim und anderswo von uns nicht geduldet werden.

Wir treten für ein Verbot der NPD ein.

Wir stehen für Solidarität – für die Selbstbestimmung der werktätigen Bevölkerung - gegen eine Hetze gegen Minderheiten.

Wir haben nur eine Welt -

Für eine friedliche Welt und für Völkerfreundschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Wenzel

DGB Kreisvorsitzender Rhein Neckar